



Ärgerliches



WDR Europaforum
LIVE: Kanzlerkandidatin und -kandidaten im Gespräch
Screenshot tagesschau24.de

Gestern um 14:00 Uhr, beste Fernsehzeit für Menschen im Home-Office, übertrug [tagesschau24.de](https://www.tagesschau24.de) die erste Diskussionsrunde mit den drei Anwärter:innen aufs Kanzleramt. In den Umfragen liegen mal die Grünen und mal die Union vorn. Die Grünen-Vorsitzende **Annalena Baerbock** und CDU-Chef **Armin Laschet** haben gegenwärtig die besten Chancen, Nachfolger:in von **Angela Merkel** zu werden. SPD-Vizekanzler **Olaf Scholz** hat eher Außenseiterchancen.

Beim Anschauen der Diskussion, sehr gut moderiert von **Ellen Ehni**, ging mir die Frage nicht aus dem Kopf: Das ist also das Angebot an die Deutsche Wählerschaft. Jedes Land hat die Kandidat:innen, die es verdient. Neue Erkenntnisse gab es nicht. Sie können sich aber gern die Stunde Polit-Talk in der Mediathek anschauen.

<https://www.ardmediathek.de/video/wdr-europaforum/das-erste-triell-mit-baerbock-laschet-und-scholz/wdr-fernsehen/Y3JpZDovL3dkci5kZS9CZWl0cmFnLWNiN2VmM-zQzLWZjNzUtNDg4Ny1iYjhlTFmYzE0NWU3ZTMwYg/>

Ärgerlich an der Veranstaltung war vor allem die Mimik von Laschet und Scholz, wenn Baerbock etwas sagte. Der Scholzsche Gesichtsausdruck, das hat uns **Markus Söder** mitgeteilt, ist ein „*schlumpfiges Grinsen*.“ Mehr noch: ein mitleidiges und überhebliches Grinsen. Er, der erfahrene Politik-Manager mit Erinnerungslücken, wenn es um Hamburger-Bankgeschäfte geht, und sie die unerfahrene Grüne, die vergisst, ihre Nebeneinkünfte dem Bundestagspräsidenten mitzuteilen. Laschets Gesichtsausdruck, aus Düsseldorf zugeschaltet und deshalb übergroß auf dem Monitor zu sehen, ließ eine gewisse Abneigung der Grünen gegenüber erkennen. Er blickte geradezu angewidert in die Kamera, wenn Baerbock ihr Wahl-

programm verteidigte, das Frau Ehni genüsslich, aber journalistisch korrekt, auseinandernahm. Baerbock hingegen verzog keine Miene, wenn ihre beiden männlichen Kontrahenten das Wort ergriffen bzw., wenn es ihnen zugeteilt wurde. Pokerface nennt man das wohl. Ich finde das sehr professionell. Ginge es allein um die Sympathiewerte, hätte **Annalena Baerbock** die erste Runde klar gewonnen. Es wird weitere Sendungen geben, dann hoffentlich auch im Abendprogramm.

Money Money Money

Von Politiker:innen erwarten wir zurecht, dass sie sich auch bei „Kleinigkeiten“ korrekt verhalten. Es ist einfach nicht zu fassen, dass wir immer wieder davon hören, dass Einkünfte entweder nicht korrekt besteuert oder nicht gemeldet werden. Korrekt versteuert, nach allem, was wir wissen, wurden die Nebeneinkünfte von **Annalena Baerbock** und **Cem Özdemir**, die sie als Vorsitzende der Grünen erhalten haben. Sie haben diese bloß nicht rechtzeitig dem Bundestagspräsidenten gemeldet.

Warum es nicht möglich ist, diese Vorgänge zu organisieren, versteht kein Mensch, denn beim Geld hört die Freundschaft auf. Nicht nur, dass Baerbock und Özdemir als Bundestagsabgeordnete Büromitarbeiter haben, die darauf achten könnten, so sind sie aus Eigenschutz auch selbst gefordert, diese Vorgänge im Auge zu behalten.

Es ist bekannt, dass Grüne Mandatsträger:innen reichlich an die Partei spenden müssen. Freiwillig versteht sich. Einerseits. Warum aber andererseits Parteivorsitzende, die über ein gutes Einkommen als Bundestagsabgeordnete verfügen, noch Geld von der Partei zusätzlich nehmen, verstehe, wer will.

Bei Baerbock geht es um 25.220 Euro, die sie in den Jahren 2018 bis 2020 von der Partei erhalten hat. Bei Özdemirs Weihnachtsfesten in den Jahren 2014 bis 2017 konnte er es so richtig krachen lassen, berichtet DIE WELT: „*Im November 2014 erhielt er ein Weihnachtsgeld in Höhe von 3.340,39 Euro. Im Januar 2016 erhielt er 3.418,51 Euro. Im Dezember 2016 waren es 6.830,35 Euro. Und im November 2017 schließlich 6.990,86 Euro.*“ Da muss eine alte Frau lange und viele Plätzchen für den Weihnachtsmarkt basteln, um nur annähernd auf diese Summen zu kommen. Politiker:innen haben einen schweren Job, was stimmt. Das Schmerzensgeld gleicht aber vieles wieder aus.



Außergewöhnlich ärgerlich

Der RBB hat eine extra Internetseite für Korrekturen. Das ist löblich und würde man sich von so mancher Zeitung auch wünschen.

<https://www.rbb-online.de/unternehmen/service/korrekturen.html>

Im Regelfall geht es eher um Kleinigkeiten, wenn mal ein Name oder die Berufsbezeichnung nicht korrekt genannt wurden, oder Heiligabend gemeldet wird, dass eine Kirche geschlossen sei, die Türen aber offen stünden.

Von ganz anderem Kaliber war aber ein Beitrag von Abendschau-Reporter **Dietmar Teige** am 19. Mai. Er berichtete live von einer Anti-Israel-Demonstration und fand, dass die vielen bunten Fahnen der Demo eine gute Atmosphäre vermittelten. Der Beitrag wurde später rausgeschnitten, und so ist die Abendschau vom 19. Mai in der Mediathek nur 26:39 Minuten statt normal 29:00 Minuten lang. Einen Tag später erfolgte die Entschuldigung in der Abendschau:

„In der Abendschau vom 19. Mai 2021 haben wir mit einer Live-Schalte von der ‚Pro-Palästina-Demonstration‘ von Unter den Linden berichtet. Diese Berichterstattung entsprach definitiv nicht unseren journalistischen Standards, da sie der politischen Tragweite und Sensibilität des Themas nicht gerecht wurde. Die Darstellung des Geschehens war einseitig. Sichtweisen der Demonstrierenden wurden unzureichend hinterfragt und ungefiltert wiedergegeben. Die Berichterstattung enthielt inhaltliche und handwerkliche Fehler. Entgegen der Berichterstattung gibt es keine israelischen Siedlungen im Gaza-Streifen. Auch handelt es sich bei der aktuellen Situation nicht um eine einseitige Aggression Israels. Dieser Eindruck konnte in dem Beitrag entstehen. Wir bedauern diese Fehler und bitten dafür um Entschuldigung.“

Wir haben diese Live-Schalte aus unserem Online-Angebot entfernt.

Was tun wir, um solche Fehler künftig zu vermeiden? Wir reflektieren redaktionsintern die erfolgte Berichterstattung und die deutliche Kritik daran. Wir stärken die Sensibilität in der Redaktion für die komplexe Situation in Nahost weiter. Wir stellen sicher, dass wir die bewährten journalistische Standards der ausgewogenen und differenzierten Berichterstattung durchgehend einhalten.“ Eine Möglichkeit wäre, künftig keinen Sportreporter mehr mit einer derart sensiblen Berichterstattung zu betrauen.

Nicht nur ärgerlich, sondern schäbig

Eine Korrektur- oder Entschuldigungsseite sollte sich auch das Berliner Leitmedium, Der Tagesspiegel, zulegen. In den letzten Tagen hat das Blatt versucht, dem Regierenden Bürgermeister **Michael Müller** (SPD) Amtsmisbrauch zu unterstellen. *„Michael Müller hat ein rechtswidriges Strafverfahren angezettelt – wegen einer Meinungsäußerung. Drückte die Berliner Justiz aufs Ermittlungstempo?“* Schaut man sich die Zeitabläufe seit 2019 an, kann von Ermittlungstempo keine Rede sein. Es geht um ein gefälschtes Bild, wir berichteten darüber. Siehe unsere Newsletter vom 15. Mai 2021.

https://paperpress-newsletter.de/pdfs/589_mai_2021/589-14%20-%202015.05.2021%20-%20Diffamieren%20und%20Beleidigen.pdf

https://paperpress-newsletter.de/pdfs/589_mai_2021/589-15%20-%202015.05.2021%20-%20Reaktionen.pdf

Angeheizt durch die Berichterstattung im Tagesspiegel war *„die Opposition im Abgeordnetenhaus entsetzt.“* Die angeblichen Rechtsexperten der CDU, **Sven Rissmann**, und der FDP, **Holger Krestel**, sahen das *„Grundrecht auf freie Meinungsäußerung beschnitten“* und das *„Vertrauen der Bürger in Demokratie und Rechtsstaat beschädigt.“* Sie machten sich mehr Sorgen um jene Frau, die die Bildfälschung verbreitete und kommentierte, als um die Reputation des Amtes des Regierenden Bürgermeisters.

Nachdem am Mittwoch im Rechtsausschuss des Abgeordnetenhauses Oberstaatsanwalt **Jörg Raupach** erklärte, dass es keine Sonderbehandlung für Müller gab und Medienrechts-Anwalt **Christian Schertz** sagte: *„Er könne nicht im Ansatz nachvollziehen, wieso ein wie auch immer geartetes Fehlverhalten des Regierenden Bürgermeisters vorliegen sollte. Müller habe getan, was jeder Bürger tun sollte, nämlich sich gegen Fakenews und Hatespeech zur Wehr gesetzt.“*, war der Vorgang eigentlich erledigt. Der Tagesspiegel hätte sich entschuldigen können, und die vermeintlichen Rechtsexperten von CDU und FDP gleich mit.

Aber Nein. Es gibt ja noch die AfD. Und auf diese ist Verlass. **Marc Vallandar**, der *„Justizexperte“* der AfD gab Müller die Gelegenheit, den Vorgang noch einmal ausführlich zu schildern. Vallandar meldete sich in der Fragestunde des Abgeordnetenhauses am 20. Mai zu Wort und fragte Müller, ob er sich bei der



Frau, die das gefälschte Bild verbreitet hatte und deren Wohnung von der Polizei durchsucht wurde, entschuldigt habe. Nein. Auch wenn im Nachhinein die Durchsuchung der Wohnung vom Landgericht als „rechtswidrig“ eingestuft wurde, so hat doch die Vorinstanz das Vorgehen für geboten gehalten. Das Landgericht ist sehr großzügig im Umgang mit Beleidigungen, siehe **Renate Künast**.

Michael Müller erklärte noch einmal in aller Ruhe, dass er lediglich bei der Staatsanwaltschaft um Prüfung des Vorganges gebeten habe. Auf alle weiteren Schritte der Justiz hatte er keinen Einfluss genommen, das hätte sich die Berliner Justiz auch kaum gefallen lassen.

Vallandar knetete sich vor Nervosität bei der Antwort Müllers die Hände, dass zu befürchten stand, er breche sich selbst die Finger. Übrigens: **Marc Vallandar** ist Leutnant der Reserve und studierte Rechtswissenschaften an der Universität Potsdam. Er ist der Sohn des ehemaligen Richters am Bundesverwaltungsgericht **Willi Vallendar**. *Quelle: Wikipedia*

Weder sein Studium noch die familiäre Herkunft, scheinen ihm etwas genützt zu haben.

Familienärger

Als habe es **Franziska Giffey**, Ex-Familienministerin und Berliner Hoffnungsträgerin der SPD für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin nicht schon schwer genug, wird jetzt erneut der Vorgang um ihren Ehemann **Karsten Giffey** in den Medien behandelt. **Lars Petersen**, bestens bekannt als gnadenloser Sensationsreporter der BZ, ist seit geraumer Zeit für Investigatives bei „Business Inside“ zuständig. Heute rollte er den Vorgang noch einmal auf.

„Im Januar 2020 berichtete Business Insider, dass der Ehemann der Familienministerin Franziska Giffey nach Betrugsvorwürfen seinen Job als Beamter verloren hat. Insgesamt 54-mal hat Karsten Giffey im Jahr 2016 während seiner Arbeitszeit unerlaubt Vorträge und Seminare gehalten. Insgesamt werden ihm mehr als 151 Stunden unentschuldigtem Fehlens zur Last gelegt. ‚Der vom Beklagten insgesamt verursachte Betrugsschaden liegt über 3.000 Euro und ist damit bereits für sich betrachtet von erheblicher Bedeutung‘, schreiben die Richter. Giffey betrog nach Ansicht der Richter systematisch und mit Vorsatz.“

Warum grade heute dieser Beitrag von „Business Inside“ veröffentlicht wurde, geht aus dem Artikel nicht hervor.

Wo bleibt das Positive?

Die Rot-Rot-Grüne Koalition hat gestern ein Gesetz über die Erwachsenenbildung in Berlin verabschiedet. *Das Gesetz regelt erstmalig umfassend den Bereich der Bildungsangebote für erwachsene Berlinerrinnen und Berliner und stärkt somit den Zugang und die Möglichkeiten des lebenslangen Lernens.*

Konkret bedeutet das, dass die zwölf bezirklichen Volkshochschulen und die Landeszentrale für politische Bildung, deren Arbeit bisher im Schulgesetz bzw. durch einen Senatsbeschluss von 1956 geregelt waren, abgesichert und mit einer zusammenhängenden Gesetzesgrundlage versehen werden. In diesem Zusammenhang wird auch die Förderung zur Bildungs- und Weiterbildungsberatung gesetzlich verankert.

Darüber hinaus werden neue bildungspolitische Steuerungs- und Förderinstrumente aufgebaut. So können im Feld der Erwachsenenbildung tätige Einrichtungen und Träger künftig „anerkannte Einrichtung der Erwachsenenbildung in Berlin“ werden und sich somit für die Beteiligung an ebenfalls neugeschaffenen Fördermöglichkeiten für spezifische Zielgruppen und innovative Ansätze qualifizieren.

Mit dem Gesetz sollen außerdem die öffentliche Sichtbarkeit der Erwachsenenbildung erhöht und die Kooperationsmöglichkeiten, aber auch die Mitspracherechte der relevanten Akteurinnen und Akteure der Berliner Stadtgesellschaft ausgebaut werden. Zu diesem Zweck sieht das Erwachsenenbildungsgesetz die Einrichtung eines Erwachsenenbildungsbeirats vor. Zudem wird künftig in regelmäßigen Abständen ein Bericht zum Stand der Erwachsenenbildung im Land Berlin vorgelegt und ein Preis für besondere Angebote und Formate der Erwachsenenbildung vergeben. Das Gesetz wird zum 1. August 2021 in Kraft treten.

Dieses Gesetz ist begrüßenswert. Bildungsangebote anzunehmen, beruht aber auf Freiwilligkeit. Es liegt deshalb vor allem an den Arbeitgebern, ihren Beschäftigten Zugang zu den Angeboten zu eröffnen. Und auch die Job-Center könnten tätig werden und nicht nur Leistungsempfänger in unsinnigen Computerkursen zu parken, sondern sie gesellschaftspolitisch zu schulen. Vielleicht gäbe es dann längerfristig mehr Menschen, die erst das Gehirn einschalten, ehe sie zur Vernichtung anderer Menschen und Religionen aufrufen oder Falschmeldungen und Verleumdungen im Netz verbreiten.

Ed Koch